



Bierteljähriger Abonnementsspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb inkl. Porto 2 Thlr. 11½ Sgr. Inserionsgebühr für den Raum einer fünfseitigen Zeile in Beitschrift 1½ Sgr.

Nr. 250. Mittag-Ausgabe.

Fünfundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Mittwoch, den 1. Juni 1864.

Telegraphische Depeschen.

Brüssel, 31. Mai. Heute trat die Repräsentantenkammer wieder zusammen. In derselben erklärte der Minister des Auswärtigen, Rogier, daß das Ministerium sein Programm aufrecht erhalte, weil der König demselben seine aufrichtige Mitwirkung zugesagt habe. Rogier sagt, die Annahme des von der katholischen Partei aufgestellten Programms sei unmöglich gewesen. Das letztere wurde darauf von dem Deputirten Dechamps vertheidigt.

Paris, 31. Mai. Der „Abendmoniteur“ erwähnt eines in Kiel verbreiteten Gerüchts, daß der Feldmarschall-Lieutenant Freiherr von Gablenz Befehl erhalten habe, Vorbereitungen zum Rückmarsch zu treffen.

Der „Moniteur“ macht ferner auf eine angeblich in Leipzig erschienene Broschüre aufmerksam, welche der glücksburgischen Linie des holsteinischen Herzogshauses ein ebenso begründetes Erbfolgerecht zuspricht, wie der augustenburgischen.

In Sachen Schleswig-Holsteins

Kiel, 30. Mai. [Die Hoffnung auf Anerkennung des Herzogs. — Die Theilung Schleswigs. — Reorganisation des Beamtenstandes.] Der plötzliche Umschwung, welchen unsere Sache genommen, hat die Stimmung hier bedeutend gehoben, und nicht allein in dem schleswig-holsteinischen Volke, sondern auch, wie mir aus bester Quelle zugeht, bei dem Herzog. Obgleich nun diese Aenderung gegen Erwarten rasch eingetreten ist, so eilen die Wünsche nach endlichem Abschluß doch den Thatsachen voraus. Der einfache Bürger verwechselt die Gleichheit Österreichs, Herzog Friedrich VIII. anzuerkennen, mit der geschehenen Anerkennung selbst, und mancher jubelt vorzeitig. — Nachdem die Annexionsbefürchtungen vorüber sind, tritt uns, und zwar weit drohender, das Gespenst der Theilung entgegen. Ich unterlasse es, zu wiederholen, was die Presse schon nach allen Seiten erörtert hat, daß eine Theilung vom deutschen und preußischen Standpunkte aus ebenso unzulässig ist, wie sie von unserm Volke verabschaut wird. Selbst die dänischredenden Schleswiger der nördlichsten Lemter, wie gering ihr Verständnis für Deutschland sein mag, wollen keine Trennung vom übrigen Herzogthum, und wird dennoch der Norden, sei es auch nur der äußerste Theil, getrennt, so werden damit eine nicht geringe Zahl Deutscher aus den bessern Ständen geopfert. — Für die nächsten Tage war die Reise Herzogs Friedrich nach dem Westen Holsteins bestimmt. Die großartigsten Empfangsfeierlichkeiten werden überall, namentlich in dem reichen Dithmarschen, getroffen. Ob die augenblickliche Situation es dem Herzog erlaubt, jetzt in jene für den Post- und Telegraphenverkehr etwas abgelegene Gegend zu gehen, muß abgewartet werden. — Die Thätigkeit der Civilbehörde im Herzogthum Schleswig in Betreff der Reorganisation des Beamtenstandes geht ihren stillen, aber entschiedenen Gang fort. Wie stark aber ausgeträumt werden muß, können Sie beispielweise daraus erschaffen, daß in der Propstei (Superintendentur) Flensburg, in welcher die Kirchensprache zum Theil rein deutsch, zum Theil gemischt gewesen und jetzt wieder deutsch gemacht ist, von 36 Predigern bereits 24, sämtlich geborene Dänen, abgesetzt sind; 2 gleichfalls mit Dänen besetzte gewesene Stellen waren außerdem in gewöhnlichem Wege vacant geworden und 5 dänische Prediger sind noch unabgesetzt in der Stadt Flensburg, so daß neben diesen nur 3 deutsche für die ganze Propstei übrig blieben. Die Wiederbesetzung macht manche Mühe. Denn von den etwa 100 im Jahre 1852 aus dem Herzogthum vertriebenen Predigern sind zwar einzelne zurückgekehrt; viele andere aber sind gestorben, oder zu alt, oder wollen ihre Lemter in anderen deutschen Staaten, wo sie eine Zuflucht gefunden haben, nicht verlassen. Am schwierigsten ist es, qualifizierte Männer für die wirklich dänisch redenden Gegenden zu finden, zumal das Gespenst der Theilung und damit für die zurückkommenden alten Prediger nochmalige Verbannung droht. Daher haben in den Propsteien Apenrade und Haderup, wo fast nur geborene Dänen stehen, die Entlassungen auch noch gar nicht begonnen. Möchte eine baldige Entscheidung über die Zukunft Nordschwigs auch hierin Wandel schaffen!

Kiel, 27. Mai. [Stürmen in der Administration Holsteins.] Durch die Bundes-Execution ist das Herzogthum Holstein hinsichtlich seiner Verwaltung in eine Lage gebracht worden, die immer unerträglicher wird und dringend eine Abhilfe fordert. In Schleswig geht die Reorganisation sicher und rasch vor sich, in Holstein aber ruht Alles, denn die Bundescommissare haben es versäumt, rechtzeitig, obgleich, wie sie selbst in einem Berichte erklären, dringende Angelegenheiten der Landesverwaltung es forderten, die holsteinischen Stände zu berufen. Später haben sie die Zustimmung der Bundesversammlung zu der von ihnen beabsichtigten Einberufung der Stände nicht erlangen können. Hierdurch aber ist eine Hemmung und eine Störung in der Administration Holsteins eingetreten. Wichtige Landes-Angelegenheiten können nicht zur Erledigung kommen, weil die damit verbundenen finanziellen Veränderungen vorher den Ständen zur Beratung vorgelegt werden müssen. Dieser unerträgliche Zustand ist durch die Bundes-Execution herbeigeschafft worden, da die Bundescommissare beauftragt worden sind, die „Verwaltung der Herzogthümer im Auftrage des deutschen Bundes anstatt und im Namen des Königs-Herzogs, unbeschadet der nur zeitweise feststehenden Rechte desselben, zu führen.“ Durch den Tod des Königs Friedrich VII. wurde aber die ganze Lage, worauf diese Instruction der Bundescommissare berechnet war, verändert. Denn die Verwaltung konnte nun, nachdem auch die Stimme von Holstein-Lauenburg in der Bundesversammlung suspendirt wurde, nicht mehr „anstatt und im Namen des verstorbenen Königs-Herzogs“ geführt werden. Dadurch aber wird die Ausübung wesentlicher Rechte des Herzogthums Holstein verhindert. Es ist gegenwärtig ohne ständische Vertretung, es hat keinen Sitz und keine Stimme in der Bundesversammlung, es besitzt kein Bundescontingent. Außerdem ist ihm eine Regierung in der herzoglichen Landesregierung in Kiel ernannt worden, ohne Befragung der Stände, und ohne daß sie nachträglich ihre Zustimmung zu dieser neuen Einrichtung haben geben können. Ohne seine Schuld ist das Bundes-Herzogthum Holstein gegenwärtig in einer übleren Lage als 1848. Denn damals besaß es trotz des provisorischen Zustandes nicht nur eine „schlagfertige Armee“, sondern auch eine Regierung, welche Sitz und Stimme in der Bundesversammlung hatte und von der eigenen Ständeversammlung, die fortwährend in Wirksamkeit war, anerkannt war. Gegenwärtig aber sind die Stände, wie Zöpfl (Rechtlches Gutachten über die Competenz der Bundesversammlung bezüglich der Successions-

Streitigkeiten in deutschen regierenden Fürstenhäusern) sagt, „in einer solchen Verwirrung und Unordnung, daß eine möglichst schleunige Abhilfe nicht nur im Interesse der Herzogthümer, sondern auch in dem des Bundes dringend geboten erscheint.“ Das Herzogthum Holstein befand sich 1848 im Genusse aller Rechte eines deutschen Bundeslandes, während es gegenwärtig ohne sein Verschulden an ihrer Ausübung gehindert wird. Auch gegenwärtig hat Holstein ein Recht auf die Berufung seiner Ständeversammlung, auf seine Vertretung in der Bundesversammlung, auf den Bestand eines Bundescontingents, auf eine von den Ständen anerkannte Regierung. Die Verwaltung der Bundescommissare war auf einen Zustand berechnet, der schon nicht mehr vorhanden war, als die Bundescommissare die Verwaltung übernahmen. Wenn die Bundesversammlung in kürzester Zeit die Successionsfrage durch Anerkennung des Herzogs entschieden hätte, würden die Beeinträchtigungen, welche Holstein gegenwärtig in seinem ihm zustehenden Rechte erleidet, auch gehoben worden sein. Alle Verhandlungen über diese Fragen scheinen aber jetzt in der Bundesversammlung zu ruhen. Wenn sie selbst dafür hält, daß ein Definitivum in dieser Sache noch nicht eintreten wird, so wird sie doch dafür Sorge tragen müssen, daß die unerträglichen Zustände, worin sie selbst das Herzogthum Holstein versteckt hat, gehoben werden und Holstein wieder zu dem Genuss seiner Rechte gelangt, der ihm jetzt vorenthalten wird.

[Die Erbfolgefrage.] Der Bundesstags-Correspondent der „Leipziger Zeitung“ meldet unter 29. Mai: In gut unterrichteten Kreisen erhält sich die Angabe, daß in einer der nächsten Sitzungen (des Bundesstages) Österreich und Preußen einen gemeinsamen Antrag einbringen werden, daß die Bundesversammlung die Berathungen über die schleswig-holsteinische Erbfolgefrage sofort wieder aufnehmen möge.

[Der Kieler Bundeshafen.] Ein Berliner Correspondent des „Neuen C.“ will in Bezug auf die Kiel betreffenden Präventionen Englands Folgendes erfahren haben: Sowie die preußische Regierung von einer solchen Absicht und den Bemühungen Englands, die vorläufige Zustimmung verschiedener Regierungen zu erlangen, Kunde erhält, erachtete sie es für angemessen, eine offizielle Anfrage deshalb ergehen zu lassen, und England mache aus dieser seiner Intention kein Hehl. Preußen hat sich hierauf mit aller Entschiedenheit gegen jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten Deutschlands, zu denen die Erhebung Kiel's zu einem Bundeshafen gehören würde, verwaht, und Österreich und der Bevollmächtigte des deutschen Bundes in London haben sich ihm angeschlossen. Überhaupt kann bei dieser Gelegenheit das freireichste Einvernehmen der deutschen Bevollmächtigten constatirt werden.

Pinneberg, 30. Mai. [Der Ost-Nordsee-Kanal.] Der „S.-C. 3.“ wird unter „Eingesandt“ geschrieben: Das Project eines Kanals durch Schleswig-Holstein und dessen bevorstehende Ausführung wird gegenwärtig in preußischen Zeitungen in einer Weise besprochen und behandelt, als sei die Annexion der Herzogthümer an Preußen bereits vollzogen und die Ausführung dieses großartigen Verbindungsweges zwischen Nord- und Ostsee eben nur unter Preußens Schutz und Beistand zu ermöglichen. Es dürfte vielleicht weniger bekannt sein, daß bereits seit mehreren Jahren die umfassendsten Vorarbeiten für die Ausführung eines solchen Kanals durch eine von Herrn C. Hansen aus New-York repräsentirte Gesellschaft auswärtiger und einheimischer Kapitalisten beschafft worden sind und daß überhaupt die Idee der Verbindung der beiden Meere, nicht von Preußen ausgegangen, sondern ganz anderswo ihren Ursprung habe. Daß die Hansen'sche Association das Werk nicht früher in Angriff genommen, ist nicht ihre Schuld. Früher von der königlich dänischen Regierung gehalten, wird sie jetzt, durch die zeitweilige politische Situation der Herzogthümer genehmigt, den Zeitpunkt abzuwarten, wo legtiv definitiv geregelt und der legitime Landesherr, Herzog Friedrich VIII. die Regierung angetreten haben wird. (Das wird der erste Sohn sein, den Preußen empsängt. Der Mohr kann gehen. D. Ned.)

Altona, 30. Mai. [Urtheil wegen des Kirchenskandals.] Dem Vernehmen nach ist heute das gerichtliche Urtheil in der Untersuchung, betreffend die beklagenswerthe Kirchenscene vom Januar, erfolgt. Wie man hört, ist der Hauptangeklagte, Cigarrenmacher Becker, zu 6mal 5 Tagen Gefängniß bei Wasser und Brodt, und der Klempner A. Meier zu einer Geldstrafe von 15 Mark Courant verurtheilt worden; drei andere Angeklagte: Lentzsch, Lau und Radenhausen, wurden von der Instanz entbunden; gegen sämtliche Angeklagte aber auf gemeinschaftliche Tragung der Untersuchungskosten erkannt. (A. M.)

Hamburg, 30. Mai. [Hoffnungen der Eiderländer. — Gräfin Danner. — Hannoversche Truppen.] Die Telegramme verschiedener Blätter, daß England und Frankreich den londoner Vertrag aufgegeben hätten und daß Österreich die Erbrechte des Augustenburgers anerkennen wolle, haben nach Berichten aus Kopenhagen vom gestrigen Tage dort keinen Glauben gefunden, vielmehr glaubt man noch immer, es werde den neutralen Mächten gelingen, Preußen zu einer Herausstimmung seiner Forderungen zu bewegen. In den Vorfragen Buchanan's in Berlin in Betreff des Kanal-Projects erblickt man ebenfalls eher ein Zeichen des Festhaltens am londoner Tractat, als eines Aufgebens desselben. Sehr entschieden sprechen sich jetzt auch die conservativen Gesamtstaatsorgane gegen jede territoriale Abtretung aus. Sie sprechen davon, daß in Schleswig unter der Regie neutraler Truppen eine überste Civilbehörde eingerichtet werden würde, welche im Namen Christian IX. das Land regieren und außer zwei dänischen Regierungs-Commissionären vier Repräsentanten der neutralen Mächte enthalten sollte. Die definitiven Friedensvorschläge würden, wie man meint, mit den in der Broschüre de Coninc's niedergelegten einige Ähnlichkeit haben. — Seit einigen Tagen wird wieder von der Gräfin Danner gesprochen. Dieselbe hat sich nämlich in Kopenhagen, in der Nähe der Christiansburg, ein Haus gekauft, wo sie im Winter wohnen will. Auch hat sie, wie es heißt, den größten Theil des Nachlasses Friedrich VII. auf Friedensburg fortsetzen lassen, und fragt man, ob nicht das Eine oder das Andere hieron für Rechnung des Staatschases angeschafft worden ist.

In der heider Gegend cantonieren seit dem Abzuge der sächsischen Besatzung hannoversche Truppen, und zwar außer mehreren nach Süderdithmarschen verlegten Schwadronen Cavallerie vier Compagnien des 3. Infanterie-Regiments und zwei Drittel reitender Artillerie, bestehend aus 4 Geschützen, 120 bis 130 Mann und reichlich 130 Pferden. Behuiss des Küstenschutzes lagen früher beständig mehrere Com-

pagnien Infanterie in Lunden, Wesselburen, Bilsum u. s. w. Nachdem jedoch in Folge des Eintritts der Waffenruhe die sämtlichen Strandwachen entbehrlich geworden, sind aus den eben genannten Kirchspielen die dortigen Truppen zurückcommandirt, und befindet sich seitdem außer der erwähnten Artillerie hier eine Compagnie Infanterie, wogegen eine andere Compagnie in Weddington, noch eine andere in Nordhastedt und die letzte in Hemmingstedt bis weiter cantoniert. Die Haltung dieser Truppen ist eine sehr lobenswerthe, wie das Verhältniß derselben zu den Quartiergebern im Allgemeinen ein recht freundliches zu sein scheint.

* * * **Kopenhagen**, 28. Mai. [Merkwürdiges Benehmen der Österreicher. — Der Fanatismus „Dagbladets.“] — Feldmarschall von Wrangel. — Neueste Nachrichten aus Jütland. — Aus Schweden.] Die Vertreter des dänischen Hauptquartiers für Jütland: Generalstabschef Oberst von Kauffmann (früher dänischer Militärbevollmächtigter am Bundestag) und Premierlieutenant Baron Wedell befinden sich augenblicklich in Friedericia, wo sie von dem österreichischen Kommandanten, Grafen Auersperg, mit grösster Auszeichnung behandelt werden sollen. Bei dieser Gelegenheit glaube ich denn die unter verschiedener Quellenangabe wie auch in verändertem Wortlaute in der dänischen Tagesspreche umherschwimmende erstaunenswerthe Notiz an die Deftigkeit stellen zu müssen, daß die Österreicher während des Besuches des Prinzen Friedrich Carl von Preußen die Inschrift an der Statue des „Tapye Landsoldat“ mit schwarzer Farbe überstrichen und zugleich dem freien Platz durch Stroh ein unordentliches Aussehen gaben, nur „um dem Prinzen das Vorhandensein jener Statue zu verheimlichen.“ Sobald der Prinz abgereist war, wurde aber das Verfahren bei den Bürgern entshuldigt, der Platz gesäubert und die Inschrift neu vergoldet. (2) — „Dagbladet“ wird von Tage zu Tage fanatischer und hochmütiger. Heute äußert dasselbe u. A.: „Es wird erhöhte Energie, fähige und bestimmte Initiative erforderlich sein, um der Welt zu zeigen, daß die Widerstandskräfte Dänemarks noch nicht erschöpft sind, und um den Feind dessen zu belehren, daß eine Nation, welche für die thuersten Besiegler, für das eigene Dasein (!) kämpft, in der Armee eine zehnfache Kraft besitzt. Unter einer kräftigen Kriegsverwaltung, mit einem energischen Ober-Commando wird die Armee nicht abtrünnig werden, sondern werden die guten Kräfte sich entfalten, wenn ihnen nur ein freier Spielraum gegönnt wird.“ — Ueber den Feldmarschall Grafen von Wrangel wird folgendes erzählt: „Als Wrangel im Mai 1848 in Friedericia war, ließ er sich ein Häuschen zeigen, welches während des Jahres 1657 von seinem Stammvater ausgeschafften Bombardements der Festung verschont geblieben war, und schenkte er der dasselbe bewohnenden armen alten Frau einen Dokaten. Als Wrangel vor etwa 14 Tagen wieder in Friedericia erschien, ließ er sich das Häuschen abermals zeigen, bei welcher Gelegenheit die noch lebende arme Frau dann neuerdings um einen Dokaten bereichert wurde.“ — Die neuesten Nachrichten aus der Provinz Jütland besprechen fast ausschließlich die Verhaftung von Justizbeamten. So wurde außer dem Hardestvoigt Platou aus Viborg neuerdings der Bürger- und Polizeimeister des Städtchens Sive, Kangleith Smidt in Haft genommen und unter preußischer Militär-Escorte in südlicher Richtung abgeführt. Inzwischen sind die erfolgten Verhaftungen leicht erkärlbar, da es selbst von eiderdänischer Seite nicht verschwiegen werden kann, daß die betreffenden Beamten den regierungsseitig einberufenen Militär-Dienstmannschaften bei der Abreise nach Kopenhagen behilflich waren, was ihnen früher auf das Strengste untersagt wurde. Diese Angelegenheit hat später zu ernstlichen Differenzen zwischen dem königl. preuß. Generalleutnant v. Falkenstein und dem dänischen Regierungs-Commissar, Stiftsamtmann Dahlström, Anlaß gegeben, deren Endresultat darin besteht, daß der Letztere auf telegraphischem Wege nach Aalborg die Weisung erhielt hat, die Einschiffung von dänischen Recruten nach Kopenhagen zu stillen. — Die meisten jütändischen Blätter eifern trotz der eingeführten Censur gegen die preuß. Militär-Autoritäten, und fügte sich u. A. der Herausgeber der „Aalborgpost“ (Filiale „Dagbladets“ für Jütland) in Aalborg erst dann den Befehlen des preußischen Commandanten, als dieser nicht allein die Unterdrückung des Blattes, sondern zugleich die Veriegelung der Buchdruckerei androhte. — Die Bekleidungszustände in der dänischen Armee sind andauernd so jämmerlicher Natur, daß mehrere Dorfcommunen der Insel führen sich beschwerdefürend an das Kriegsministerium wandten, weil die denselben angehörigen beurlaubten älteren Reservisten nicht etwa in Waffenrocken, sondern in bunten isländischen Jacken und mit zerissenem Fußzeug in die engere Heimat zurückkehrten. — Aus Gothenburg wird berichtet, daß das unweit dort zusammengezogene schwedisch-norwegische Geschwader, soweit die grösseren Fahrzeuge in Betracht zu ziehen, vorgestern auf unbestimmte Zeit in See ging. Die demselben angehörigen Kanonenboote sollen dagegen in den Gewässern vor Gothenburg selbstständig manövriren.

Kopenhagen, 28. Mai. [Eiderländer Hoffnungen.] Die heutige „Flyvest“ schreibt: Es heißt, daß die Regierung in der letzten Staatsräths-Sitzung Bestimmungen getroffen habe hinsichtlich der Frage wegen Verlängerung der Waffenruhe, von welcher man annimmt, sie werde in der heutigen Sitzung der londoner Conferenz auf Tapet gebracht werden. Das Gerücht will wissen, es werde dort der Antrag gestellt werden, einen Waffenstillstand auf drei Monate abzuschließen, und zugleich werde man die Verbündeten zu bestimmen suchen, Jütland und Schleswig zu räumen, welches letztere Land von den Truppen einer neutralen Macht besetzt werden würde. Ob sich dies so verhält, vermögen wir nicht zu sagen, auch nicht, ob der Antrag von Dänemark oder den neutralen Mächten ausgeht. Preußen wird sich ihm schwerlich unterwerfen. Sollte der Krieg nun nach kurzer Unterbrechung wieder ausbrechen, so haben wir keine sonderliche Aussicht, daß wir ihn mit Glück wieder werden aufnehmen können. Wir können zwar mit unserer Flotte den Handel und Industrie großen Schaden zufügen, er wird sich aber in Jütland dafür revanchieren und vermutlich darnach trachten, sich einiger Inseln zu bemächtigen. Es ist auch kaum Aussicht vorhanden, daß wir fremde Hilfe bekommen, hauptsächlich da es gegen den Wunsch der neutralen Mächte ist, daß die Feindseligkeiten wieder beginnen. Man versteht uns aber nicht falsch, wir wollen den Waffenstillstand so lange, als die Verhandlungen auf der Conferenz mit einer Aussicht auf einen ehrenhaften Frieden geführt werden. Kann ein solcher nicht ohne eine bedeutende Terrainabtretung erlangt werden, welche mit Auflösung des Reiches gleichbedeutend ist, so muß keine Rücksicht die Regierung abhalten, die Feindseligkeiten aufs Neue zu eröffnen. Lieber mit Ehren

